

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto: Gebr. Umbold, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Wolk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettiner-
platz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707, Geschäftszeit von früh
7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibelzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Ertellen und Mitgeschickte
40 Pf., Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 234

Dresden, Mittwoch den 7. Oktober 1925

36. Jahrg.

Sicherheitsvertrag und Völkerbund

Gesichte und Kombinationen

Locarno, 6. Oktober. (Dr. H. unferes Sonderkorresp.)
Die Vertraulichkeit der Konferenzberatungen bringt es mit
sich, daß ein Bericht über die Verhandlungen erst nach dem
Schluss der Konferenz veröffentlicht werden kann. Vor allem
gelingen die amerikanischen Korrespondenten in dieser Beziehung.
Ihre Sensationslust ist es zu zuschreiben, daß Dr. Stresemann am
Dienstag vor- mit tag bereits für "Halbtot" erklärt wurde, andre von einem
Friedensgespräch mit dem französischen Ausgang und schließlich noch
schwerere Journalisten von einem Revolventenentwurf sprachen.
In Wahrheit brachte der Dienstagmorgens infolge der Beilägerig-
keit Stresemanns, die bis in die ersten Nachmittagsstunden dauerte,
weder eine Annäherung noch eine Verschärfung der bestehenden
Beziehungen. Offizielle Verhandlungen über solche
Sicherheitsverträge, von denen jeder wissen darf, haben überhaupt nicht
stattgefunden. Einem Besuch des Staatssekretärs Schönbert bei
Stresemann am 5. Oktober ist ausschließlich lediglich die Be-
weiser des öffentlichen Zustandes zuzuschreiben, obwohl kein
"offizieller" Gesprächsgegenstand, deren Ergebnis für den Ausgang
der Beratungen sicherlich ebenso große Bedeutung hat wie die offi-
zielle Tagung. Jedenfalls ist das Ende der Konferenz, die
nicht sein soll, in gewissem Sinne von den inoffiziellen
Gründungen abhängig.

Vorläufig fällt auch der "Draht" in das Stadium dieser
Beratungen. Aber schon in den nächsten Tagen dürfte er
erschaffen die offizielle Konferenz bekräftigen. Die französische
Delegation hat die feste Absicht, mit der Sicherung der Grenzen im
Westen auch grundsätzliche Klarheit über den Schutz der Ostgrenzen zu
schaffen. Schon bei der letzten Konferenz soll dann in Gegen-
wart des polnischen Außenministers die Angelegenheit in Form
eines Sicherheitsvertrages zur Regelung stehen. Mit dieser Ver-
einbarung von zwei Problemen, die eine gleichzeitige Behandlung nicht
erlauben, tauchen natürlich gewisse Schwierigkeiten auf, die sich aber
überwinden lassen dürften, wenn Polen seine bisherigen An-
sprüche, wie z. B. die verlangte Anerkennung des polnischen Korre-
ktors, aufgibt. Die Juristen sollen übrigens bereits dabei sein,
eine Formulierung für die Lösung der Ost-
probleme zu finden. Inwiefern sie dieser schwierigen Auf-
gabe in Locarno gerecht werden können oder wie weit es überhaupt
möglich ist, die für den Ostpakt in Frage kommenden Parteien an-
zufassen, ist eine Frage der nächsten Tage. Neuerdings
läßt es, daß Italien beabsichtigt, sich in die Verhandlungen über die
Sicherheitsverträge aktiv einzuschalten.

In diesem Zusammenhang sei die Behauptung erwähnt, daß
die britische Delegation durch einen von ihr den ausländischen
Korrespondenten übermittelten Artikel der diplomatischen Korre-
spondenz sprengend zu verbreiten beabsichtige und die Ausfüh-
rung der Korrespondenz, an die Journalisten in dem offiziellen
Pressebüro zu einem Zwischenfall Veranlassung gegeben habe, in
den Verlauf der Presse der Reichsregierung sich gewissermaßen
für "den Fehler" entschuldigt hat. An sich würden wir uns darüber
nicht wundern, denn der deutschnationale Einfluss auf die Reichs-
regierung nach dem auch in Locarno wenigstens zum Schein einma-
lige Wille der Behauptungen muß doch schließlich werden, daß von
"Zwischenfall" kann keine Rede sein; denn der Artikel war nicht
mehr als eines der vielen Verdächtigungen der Herren Strese-
mann und Luther für die deutschen Rebellen hinter der Front. Er
wäre schließlich nicht und enthält lediglich schöne Worte, die Brand-
schambralle — wie uns bestimmt versichert wird — nicht be-
deuten, die aber auf die Deutschnationalen im Reich bei ihrer
Propagandaarbeit wenigstens für die nächsten 24 Stunden gewissen
Eindruck gemacht haben dürften. Vielleicht verleiht ihr nationales
Gefühl mehr Stärke, wenn sie erfahren, daß die diplomatische Korre-
spondenz auf Wunsch der Alliierten schon am Dienstag nicht mehr
in dem offiziellen Pressebüro aufgelegt wird.

Locarno, 8. Oktober. (Dr. H. unferes Sonderkorresp.)
Die Ministerkonferenz trat am Dienstag, nachmittags 4 1/2
Uhr, bei vollständiger Anwesenheit aller maßgebenden Delegierten
in der Tagungssaal zur zweiten Beratung zusammen. Aus Strese-
mann war erschienen. Er sah angegriffen aus und schied nach
kurzer Besprechung wieder zurück zu sein. Am Dienstagabend
wurde über den Verlauf der Sitzung folgendes mitgeteilt:
Die Konferenz trat am 6. Oktober um 4,30 Uhr zum
erstenmal zusammen und setzte die Aussprache über den
Sicherheitsvertrag fort. Die Sitzung begann mit der Diskussion
über die westlichen Fragen, die in der vorigen Sitzung nicht erledigt
werden konnten. Es fand eine allgemeine Aussprache über diese
Fragen statt. Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 4 Uhr.
Dieses Kommuniqué ist von der französischen, eng-
lischen und deutschen Delegation vereinbart worden.
Unter anderem erfahren wir, daß die Sitzung zwei Stunden, und
dies am 12. Uhr, dauerte. Die Besätze sich hauptsächlich mit der
Frage über den Eintritt Deutschlands in den
Völkerbund. Die Delegationen tauschen vorläufig nur ihre
eigenen Auffassungen über die Probleme aus, ohne Einzel-
heiten zu erörtern. Das soll erst am Mittwoch geschehen. Die
Verhandlungen gehen äußerst langsam vor sich, weil die Heber-
schungen über die nicht zur Tagesordnung der Konferenz ge-
hörigen Fragen fortgesetzt.

Verständlicher Geist

London, 6. Oktober. (Sig. Dr. H.)
Der amtliche britische Funkdienst meldet: Bei der Ver-
öffentlichung des Entwurfs der Juristen für den vorgeschlagenen
Sicherheitsvertrag ist Artikel nach Artikel behandelt und ein schneller
Entscheidungsprozess erreicht worden. Man hat sich über einige Artikel ohne
Zwischenfälle einigen können, andere wurden den
Zuständigen überlassen und die übrigen Para-
graphen in einer späteren Sitzung behandelt werden. Es
ist natürlich notwendig, den Optimismus mit Vorsicht zu
behandeln, denn doch gesagt werden, daß der erste Schritt in der

richtigen Richtung erfolgte und bisher ein durchaus verjöh-
licher Geist vorherrschte. Das wird auch von der englischen
Presse als ein gutes Omen angesehen. Die Times betonen,
daß die Staatsmänner in Locarno ein großes und wachsendes popu-
läres Gefühl hinter sich haben. Sie hätten ein starkes Ver-
trauen in die Konferenz für ein Gebiet zu sichern, welches seit Hunderten von
Jahren Kriegsgefahren ausgesetzt war. Reinhold hätte am
Sonntag erklärt, daß die Verständigung Frankreichs mit
Deutschland der Schlüssel der europäischen Zivilisation wäre.
Die Times sagen dazu: Daß der Ministerpräsident von Frankreich
im Jahre 1925 eine derartige Erklärung abgibt, ist an sich ein
sehr beachtenswertes Ereignis. Nicht weniger beachtenswert ist es,
daß sich die britische Regierung verpflichtet, den Versuch zu garan-
tieren, durch welchen diese Verständigung zu einer historischen Tat-
sache werden kann. Es ist dies eines der Wunder unserer Zeit,
daß dankbar anerkannt werden muß, daß der Vorschlag der Verständigung
ist. Das sind die wahren herrschenden Tatsachen der Konferenz
und Locarno. Sie verkörpern in ihrer tiefen menschlichen Einwirkung
ganzüberwiegende Wirkungen unter den Völkern, die im Krieges sich
gegenübergestanden haben.

Französisches Entgegenkommen?

Paris, 6. Oktober. (Sig. Dr. H.)
Obwohl die Berichte der französischen Presse aus Locarno
noch wie vor auf einen recht unüberlässigen Ton gestimmt sind,
sieht man hier der weiteren Entwicklung der Konferenz nicht ohne
erwarte Befremdung entgegen. So groß die Benützung darüber ge-
wesen ist, daß der erste Kontakt zwischen der deutschen Regierung
und den Alliierten reibungslos verlaufen ist und die Einigung
über die Frage der Prozedur sich über die leichteste gestaltet hat,
als man hier angenommen hatte, so gibt man sich andererseits doch
keinerlei Illusionen darüber hin, daß die eigentlichen Schwierig-
keiten erst am Mittwoch oder Donnerstag beginnen werden. In-
sbesondere sind es die Fragen des Eintritts Deutschlands in den
Völkerbund und der französischen Garantie für die Ostprovinzen,
für die man hier sehr schwierige Diskussionen voraussetzt. Dazu
kommt die hier noch immer sehr lebhaften und durch das sinnlose
Geschrei der deutschen Reichsregierung immer wieder von neuem ge-
weckte Verleumdung von irgendwelchen Heberfälschungen von deut-
scher Seite. Selbst in den kommunistischen berliegenden Blätter, die
einen positiven Erfolg der Konferenz ausdrücklich wünschen, kommt

Der Hochverräter Rupprecht

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern
spielt nach Auffassung der deutschen Reichspropaganda eine be-
sonders dezente und taktvolle Rolle gegenüber dem neuen
Deutschland und dem neuen Staat, der Republik. Für viele
„Mittelsbacher-Legende“ sind die Enthaltungen unferes
Mündener Parteiblattes von großer Bedeutung, die auf
Grund von Sitzungsprotokollen und Originalbriefen die
Rolle des Kronprinzen Rupprecht als künftigen Präsidenten
eines mittelsbachischen katholischen Kaiserreichs deutlich un-
reihen.

Am 1. September 1920 fand in München eine Ver-
sprechung deutschnationaler Größen, des Dr. Selferich,
des Abg. S. u. a., beim „Kronprinzen“ statt, welcher eine
Vorbereitung unter dem Vorsitz des bayerischen Generals
Kraft von Delmensingen, des militärischen Ver-
traters des Mittelsbachers, voraussetzte. In dieser Vorbe-
reitung waren sich die Herren einig, daß es bei der eigent-
lichen Unterredung darauf ankomme, gewisse „bedenkliche“
Ideen zu bekämpfen, die beim „Kronprinzen“ mehr oder
minder Fuß gefaßt hätten. Unter Münchener Parteiober-
leitung darüber:

„Unter den „bedenklichen“ Gedankenformen, die bei
Rupprecht mehr oder weniger fest Fuß gefaßt, wurde be-
sonders erwähnt die Bildung eines Deutschen Bundes
unter bayerischer Führung, bei dem die von Preußen
Losgerissenen Landesteile Hannover, Mecklenburg und die größten
Teil von Westfalen, Schleswig-Holstein und Ostpreußen als
selbständige Bundesstaaten dem Bunde angehören sollten, wäh-
rend man daran interessiert wäre, ob es überhaupt noch dem
Deutschen Bunde angehören würde, oder sich ganz außerhalb
hielte. Für Bayern würde dabei an eine wesentliche Ver-
größerung durch Angliederung österreichischer
Landesteile gedacht. Die Durchführung des Deutschen
Bundes sollte entweder auf dem Wege einer gewalttätigen Aktion
hin, der Gründung dem Deutschen Reich gegenüber oder aber
durch Unterwerfung der Entente, die man vorübergehend aus-
nutzen wolle, geschehen. Die preussischen Hohenzollern würden
dabei durch das Haus Wittelsbach als führende Dynastie, das
protestantische Kaiserreich durch ein mehr oder weniger kato-
lisches abgelöst sein.“

Selbstverständlich war Graf Rupprecht zu Aug-
solas Bläse vor den „Berliner Herren“ zu berühren. Des-
halb äußerte er sich 4 Stunden lang über seinen ehemaligen
Kollegen Ludendorff, die ganze Politik der Obersten Heeres-
leitung, über Wilhelm II. und das „Vordringen“ des frü-
heren preussischen Regimes. Im übrigen gab er den Herren
einige freundschaftliche Ratschläge. Man solle zur Abwehr des
Ruhmangriffes der Franzosen eine „nationale Bewegung“ ent-
fachen und das Bürgerturn zur Steuerverweigerung auffor-
dern. Am Schluß der Unterredung erwähnte Rupprecht, daß
er „vor wenigen Tagen“ mit dem Ministerpräsidenten v. Müller
eine Unterredung gehabt habe, und erklärte die Herren, eben-
falls mit „dem Statthalter der Monarchie“, in Fühlung
zu treten.

immer wieder die Verjöhnung zum Durchbruch, Herr Stresemann
könnte, dem Drängen der Deutschnationalen nachgebend, den
Versuch wiederholen, die Frage der deutschen
Kriegsschuld, die Räumung der Kölner Zone oder
des Okkupationsregimes aufzuwerfen und damit das Ge-
lingen der Verhandlungen aufs ernsteste in Frage stellen. Jeden-
falls scheinen die Alliierten Delegationen seit entfallen zu
sein, eine Erweiterung der Diskussionsbasis unter keinen Um-
ständen zuzulassen, so daß Stresemann, wenn er sich von Herrg.
Wespart und Genossen ein zweitesmal zu einem von vornherein
zur Ausfallslosigkeit verurteilten Vorstoß verleiten lassen würde,
ein neues diplomatisches Risiko riskieren würde,
das in seinen Folgen diesmal allerdings erheblich verhängnis-
voller sein würde als das erste. Das bedeutet keineswegs,
daß in allen diesen Fragen von Allierter Seite keinerlei An-
sichten zu erwarten wären. Im Gegenteil!

Von einer absolut vertrauenswürdigem Seite wird ver-
sichert, daß die Alliierten bereits vor Wochen entfallen seien,
im Falle des Zustandekommens des Sicherheitsvertrages Deut-
schland spontan durch Entgegenkommen in der Frage von Köln
und durch eine weitestgehende Milderung des Re-
solutionsregimes in den Rheinländern konkrete Vorteile der
französischen Verhandlungsbereitschaft zu geben. Diese Ansicht
sei durch die plumpe Einmischung der Deutschnationalen in die
Führung der Verhandlungen natürlich wesentlich erschwert worden,
da die Alliierten nunmehr befürchten müßte, daß jede Konzession
dieser Art von seinen eigenen innerpolitischen Gegnern leicht
geheutet würde. Auch jetzt noch sind keineswegs alle Möglich-
keiten erschöpft. Man begreift hier sehr wohl, daß die deutsche
Regierung, um ihren Gegnern im Innern den Abschluß des
Sicherheitsvertrages schmackhafter zu machen, positive Gegenleistungen
aufzuweisen haben wird, und selbst der Motiv erklärt am Dien-
stag, daß die politische Entspannung, die dem Zustandekommen
des Garantiepakts folgen werde, sich ganz selbstver-
ständlich auf den Gesamtkomplex der deutsch-französischen Ver-
hältnisse einschließlich der Befreiung des Rheinlandes und des Saar-
gebiets erstrecken werde. Resultate dieser Art aber sind nicht durch
die Methoden der Deutschen Tageszeitung und ihrer Verbündeten,
sondern nur durch geschickte Taktik zu erreichen, die es vermeiden,
die Verhandlungskontrahenten unnötig vor den Kopf zu stoßen.

Venedig und Streznitz

Locarno, 6. Oktober. (Dr. H. unferes Sonderkorresp.)
Der Sonderkorrespondent des Sozialistischen Parteiens in Locarno
erklärt aus amtlichen Konferenzkreisen, daß die Verhandlungen
über den Rheinpakt wahrscheinlich bis Freitag oder Samstag be-

Die Stellung des künftigen Monarchen als Staatsober-
haupt hat er in seinen „Blätter“ für den Bürger-
krieg und die Erklärung der Republik in „Moder-
ner“ Weise gekennzeichnet: Der Herrscher habe sich an den
Staatsgeschäften lediglich wie ein Minister zu beteiligen. Er
dürfe kein eigentliches Veto haben; dagegen solle er einen
Mehrheitsbeschluss des Gesamtministeriums befehlen können.
Wenn er auch auf eine angemessene Minderheit des Ministe-
riums sich berufen könne.

Diese Auffassung des „künftigen Königs von Bayern“
von der Stellung des Monarchen bedeutet also eine wesentliche
Konzeption an den „Zeitgeist“, für die ihn Wilhelm II. in der
Vorkriegszeit wohl kargerhand hätte hängen lassen!
Die monarchistischen Restaurationspläne Rupprechts von
Wittelsbach kamen aber immer mehr in den Bereich der Sepa-
ratisterei und des Hochverrats, so daß sich die Reichsleitung
der Deutschnationalen im Herbst 1920 veranlaßt sah, Rupprecht
von Wittelsbach auf die Finger zu klopfen. Sie bedenkten dem
Vorsitzenden der deutschnationalen Ortsgruppe München,
Oberstleutnant Rylander, daß es ihr nicht um Wiederherstellung
der Monarchie um jeden Preis, sondern in erster Linie
um die Erringung der politischen Macht für die Partei zu
tun sei.

Schließlich entsprang dieser deutschnationalen Sinter-
treppendiplomatie eine Erklärung des Berliner
Parteiorganes der Deutschnationalen, die
folgenden Wortlaut hatte:

„Es ist uns zu Ehren gekommen, daß E. M. glaubt, daß
die Deutschnationalen Volkspartei, sei es von Seiten der Lei-
tung, sei es von Seiten einzelner Mitglieder, daran gedacht
habe, von E. M. eine Erklärung zu verlangen, die bayerische
Krone nie aus Entente-Händen anzunehmen. Die Partei
weiß nicht, wie dieses unglückliche Mißverständnis aufzube-
kommen ist, erstört jedenfalls aber, daß von der Partei
weder offiziell noch inoffiziell im entferntesten daran gedacht
worden ist, eine solche Erklärung von E. M. zu verlangen.“

Mit dieser Erklärung bewaffnet, rückte der Maler von
Bartels im offiziellen Auftrag von Herrg. und Selferich am
28. September 1920 dem Justizrat Freiherrn von Stengel,
dem Rechtsbeistand Rupprechts, zu Leibe, mit dem Erfolg,
daß natürlich Rupprechtus Herr mit einer erkrankten und ab-
wehrenden Handbewegung die Sache begrub.

Im Jahre 1921 sind dann, wie die der Münchener Post
zugeleiteten Dokumente beweisen, von neuem mit Wissen der
deutschnationalen Parteileitung ernste Besprechungen über
den royalistischen Umsturz von Bayern aus abgehalten wor-
den. Wenn es nicht so weit kam, wenn alle diese Ver-
suche unglücklich geendet sind, so haben wir das neben der
Kompromittierung des alten Systems durch den Zusammen-
bruch des Abwehrwillen der Arbeiterklasse und der inne-
ren Widerstandskraft der Republik zu ver-
danken!